

Briefwechsel

Die Teilnehmer der Osttimor-Tagung "Die Europäische Verantwortung für Osttimor" in der Evangelischen Akademie Iserlohn, 30.9.-2.10.94

Iserlohn, den 1.10.94

An Dr. Klaus Kinkel
Auswärtiges Amt, Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,

am 23.9.94 haben Sie zum EU-ASEAN-Außenministertreffen nach Karlsruhe eingeladen.

Obwohl auch Ihnen bekannt ist, daß in einigen der dort vertretenen Staaten die Menschenrechte massiv verletzt werden, insbesondere im von Indonesien annektierten Osttimor, gaben Sie bereits vor dem Treffen öffentlich bekannt, Menschenrechte im Rahmen der Konferenz nicht ansprechen zu wollen.

Die Grundpfeiler liberaler Politik, die Sie in Ihrer Rolle als FDP-Vorsitzender vertreten, sind freie Wirtschaftsbeziehungen und die Achtung der Menschenrechte. Um so mehr sind wir bestürzt über Ihre Äußerung und die Vorfälle, die sich im Umfeld der Tagung ereigneten.

Eine von der Stadt Karlsruhe genehmigte Mahnwache, mit der auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in Osttimor hingewiesen werden sollte, wurde kurzfristig verboten. Damit ist unser demokratisches Grundrecht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt.

Dagegen war die freie Meinungsäußerung derer, die die Ankunft der ausländischen Gäste applaudierten, in keiner Weise behindert.

Wie inzwischen bekannt wurde, soll das Verbot der Mahnwache auf Sie persönlich zurückzuführen sein.

Liberaler Politik wird in einigen der betreffenden ASEAN-Länder als Gefährdung der inneren Sicherheit angesehen und offiziell gleichgesetzt mit der Bedrohung durch Kommunismus oder islamischen Fundamentalismus. Insofern haben Sie sich mit der in Karlsruhe verfolgten Politik einen Bärendienst erwiesen.

Wir verurteilen dieses in hohem Maße undemokratische Vorgehen und repräsentives Verhalten gegenüber Bürgern, die ihrerseits ihre berechtigte Kritik an der Repression in anderen Staaten äußern wollen. Zivilcourage und das Eintreten für andere werden heute allseits von deutschen Politikern gefordert. Das Einschreiten in Karlsruhe zeigt, daß es sich dabei offenbar um Lippenbekenntnisse handelt.

Stellvertretend für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen der heutigen Tagung bitten wir um eine Stellungnahme an Watch Indonesia, c/o Juliane Hansen, Reuterstr. 50, 12047 Berlin

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschriften)

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn den 14.10.94

An Frau Juliane Hansen
Watch Indonesia, Berlin

Sehr geehrte Frau Hansen!

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 1. Oktober 1994.

Sie sprechen darin den auch von einigen Medien aufgegriffenen Vorwurf an, ich hätte bei der von mir veranstalteten Konferenz der EU- und ASEAN-Staaten eine Menschenrechtsdemonstration verhindert. Diese Meldung ist schlichtweg falsch und erlogen!

Gerade als liberaler Außenminister schätze ich das vom Grundgesetz garantierte Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit ausgesprochen hoch ein. Über die Zulässigkeit einer Demonstration haben allein die dafür zuständigen Behörden und Gerichte zu entscheiden – niemand sonst. Ich habe in keiner Weise Einfluß auf Gegenveranstaltungen zu dem Kongreß genommen, geschweige

Kinkel vereitelte angeblich Demonstration in Karlsruhe

Karlsruhe (AFP) – Außenminister Klaus Kinkel (FDP) hat auf der Konferenz der EU- und der ASEAN-Staaten am vergangenen Freitag in Karlsruhe eine zuvor genehmigte Menschenrechtsdemonstration durch massiven Druck auf das Karlsruher Rathaus verhindert. Wie ein hoher Polizeibeamter und ein Referent der Stadt berichteten, hatte Kinkel mit einem Wutausbruch reagiert, als er wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung von der geplanten Demonstration gegen die Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor erfahren hatte. Der Bundesaußenminister, der bei der Bundestagswahl erstmals in Karlsruhe als Direktkandidat der Liberalen antritt, habe von der Stadt einen störungsfreien Ablauf der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt verlangt, sonst werde er „nie wieder“ mit einer ähnlichen Veranstaltung nach Karlsruhe kommen.

„Regelrecht ausgeflippt“ sei Kinkel, berichtete ein Augenzeuge des Vorfalls. Die von der Stadt bereits eine Woche zuvor genehmigte Mahnwache auf den Stufen der evangelischen Stadtkirche wurde daraufhin mit einer unmittelbar vor der Veranstaltung erlassenen Anordnung der städtischen Polizeibehörde verboten. Mit der Mahnwache hatte die Gesellschaft für bedrohte Völker den indonesischen Außenminister Ali Alatas mit Transparenten an den Völkermord in Ost-Timor erinnern wollen.

aus: Süddeutsche Zeitung v. 29.9.94

denn Druck ausgeübt. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, daß kein einziger Zeuge genannt wird. Bei meinen wenigen Besprechungen mit der Stadt Karlsruhe, der Polizei und den mitbeteiligten Organisationen waren jedoch viele Zeugen dabei. Die beteiligten Polizeibeamten haben gegenüber dem Vorwurf lapidar erklärt: "Blödsinn".

Ich finde es wichtig und richtig, daß Sie und die übrigen Teilnehmer der Ost-Timor-Tagung sich so engagiert für die Menschenrechte einsetzen. Gerade wir Deutschen haben aufgrund unserer Vergangenheit eine besondere Pflicht, auf die Einhaltung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte überall auf der Welt zu drängen. Der weltweite Schutz der Menschenrechte ist ein Kernanliegen meiner Außenpolitik! Deshalb ist es auch nicht richtig, daß ich bei der EU-ASEAN-Konferenz das Thema Menschenrechte ausgeklammert hätte, im Gegenteil! Ich habe bereits in der Vergangenheit jede Gelegenheit genutzt, gegenüber Indonesien nachdrücklich auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation hinzuwirken. Es war für mich auch gar keine Frage, daß ich im Namen der Europäischen Union die Menschenrechte bei der besagten EU-ASEAN-Tagung in Karlsruhe offen und deutlich angesprochen habe – in den internen Beratungen, aber auch öffentlich.

Schon zuvor hatte der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes in meinem Auftrag im November 1993 mit der indonesischen Regierung Gespräche über die Menschenrechtssituation in Indonesien und Ost-Timor geführt. Auch bei bilateralen Verhandlungen, etwa über Entwicklungshilfe, und internationalen Konferenzen wie bei EU-ASEAN oder bei der Geber-Konferenz der Weltbank für Indonesien im Juli 1994 hat die Bundesregierung Indonesien zur Respektierung der Menschenrechte aufgefordert. In Teilbereichen hat dieser kritische Dialog bereits etwas bewirkt, auch wenn die Situation nach wie vor kritisch ist. So hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes bestätigt, daß die Arbeitsbedingungen und Besuchsmöglichkeiten bei politischen Gefangenen für ihre in Ost-Timor tätigen Mitarbeiter sich eindeutig verbessert haben. Fortschritt hat auch Bundesminister a.D. Gerhart Baum festgestellt, der als Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen im August 1994 in Indonesien und Ost-Timor Gespräche sowohl mit offiziellen Regierungsvertretern als auch mit unabhängigen Persönlichkeiten führte.

Verteidigung der Grundrechte ist und bleibt ein zentrales Anliegen meiner Außenpolitik! Ich selber werde nicht nachlassen, mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln auf weitere Verbesserungen in diesem Bereich zu drängen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben auch den anderen Teilnehmern der Osttimor-Tagung zur Kenntnis bringen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Kinkel